
ZDK fordert Altmaier zu Hilfspaket-Ergänzungen auf

Laut dem Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe (ZDK) ist die aktuelle Situation für viele Autohändler eine Katastrophe, weil sie die verkaufsstarke Frühjahrssaison trifft. Kundenveranstaltungen können nicht stattfinden, der stationäre Verkauf ist untersagt. Dies führt zu erheblichen Umsatzausfällen, die sich abhängig von der Dauer der Krise für viele Unternehmen existenzbedrohend auswirken werden.

In einem Brief an Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier bittet ZDK-Präsident Jürgen Karpinski darum, Ergänzungen am Hilfspaket der Bundesregierung vorzunehmen, damit den betroffenen Autohäusern und Kfz-Betrieben schnell und unbürokratisch geholfen werden kann.

Darin fordert Karpinski die KfW auf, 100 Prozent des Ausfallrisikos zu übernehmen, auf eine Bonitätsprüfung für Kredite unter 10 Millionen Euro zu verzichten und die Bonität für Kredite bis zu 50 Millionen Euro per Fast-Track-Verfahren nachzuweisen. Im Rahmen dessen soll die Grenze eines schädlichen Umsatzrückgangs auf 50 Prozent erhöht werden, Veränderungen im Gesellschafterkreis toleriert werden.

Die über die KfW gesicherten Kredite sollen mit einem qualifizierten Rangrücktritt durch die Hausbank versehen werden. Durch diese Maßnahme könnten die Darlehen im Rahmen einer Überschuldungsbilanz wie Eigenkapital behandelt werden. Hierdurch blieben die Unternehmen nicht nur zahlungsfähig, es werde auch das Risiko einer Überschuldung deutlich verringert.

Die Berücksichtigung dieser Vorschläge werde zum Fortbestand der überwiegend kleinen und mittelständischen Kfz-Unternehmen beitragen, so Jürgen Karpinski im Brief an Minister Altmaier. Briefe mit vergleichbarem Inhalt haben auch der Volkswagen-Audi-Partnerverband (VAPV) und der Verband der Mercedes-Benz Vertreter (VMB) an den Bundeswirtschaftsminister geschickt. (ampnet/deg)

Bilder zum Artikel



Jürgen Karpinski.

Foto: Auto-Medienportal.Net/Pro-Motor